

Die „Vorzeit“ enthält morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einen Band. Der Bezugspreis beträgt bei freier Nachnahme ins Haus für Berlin 20,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition (siehe obige Seite) für den Postweg 25,- M., einschließlich Postgebühren. Unter Streifenband liegen 100 Briefe ab und abwärts 10,- M., für das Abonnement 21,- M., einschließlich Postgebühren, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M., für den Ausland 25,- M. Expedition: Berlin, E. S. Straß 11, 12.

Die „Vorzeit“ enthält morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einen Band. Der Bezugspreis beträgt bei freier Nachnahme ins Haus für Berlin 20,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition (siehe obige Seite) für den Postweg 25,- M., einschließlich Postgebühren. Unter Streifenband liegen 100 Briefe ab und abwärts 10,- M., für das Abonnement 21,- M., einschließlich Postgebühren, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M., für den Ausland 25,- M. Expedition: Berlin, E. S. Straß 11, 12.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Korruption als Regierungssystem

Eine Ehrenerklärung

Das Reichskabinett hat sich mit außergewöhnlicher Schnelligkeit veranlaßt gesehen, in einer Erklärung zum Fall Hermes zu versichern, daß „die persönliche Ehrenhaftigkeit des Ministers außer allem Zweifel steht“. Wenn die Erklärung sagen soll, daß das Kabinett den Reichsernährungsminister Hermes nicht für bestechlich hält und keine Beweise dafür vorliegen, daß seine Handlungen von materiellen Motiven geleitet waren, so haben wir gegen diese Erklärung nichts einzuwenden.

Aber das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die bisher von niemanden in Zweifel gezogen worden ist. Nicht um die persönliche Bestechlichkeit des Ministers handelte es sich bei den Vorwürfen, von denen wir die meisten unserer Leser mitgeteilt haben, sondern um seine außergewöhnliche Weitzherzigkeit gegenüber bestechlichen Beamten, um seine eigenartige Geschäftsführung im Amt und die dadurch im Ernährungsministerium geschaffenen Zustände, um die Art seiner Ernennung zum Minister und nicht zuletzt um die von ihm betriebene Ernährungspolitik.

An all diesen Vorwürfen geht die Erklärung des Reichskabinetts vorbei. Sie bleiben deshalb als sachlich erhobene Vorwürfe bestehen und das Reichskabinett würde sich einer Täuschung hingeben, wenn es annimmt, daß mit seiner Erklärung die Angelegenheit für die Öffentlichkeit und das Parlament aus der Welt geschafft ist. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß die Gesamtheit der Anklagen im Zusammenhang untersucht werden muß, und zwar nicht von einer behördlichen Körperschaft, sondern von einer vom Parlament eingesetzten Untersuchungskommission. Nur sie erfüllt die Voraussetzungen für ein unparteiisches Untersuchungsverfahren, sie hat die Unabhängigkeit gegenüber dem Ministerium und muß die Möglichkeit erhalten, Zeugen rechtsverbindlich zu vernehmen.

Wie notwendig ein solches Untersuchungsverfahren ist, zeigt die Tatsache, daß nicht ein einziger Tag vergeht, ohne daß neue Anklagen gegen den Minister Hermes erhoben werden, Anklagen, von denen er sich nur außerordentlich schlecht zu rechtfertigen versteht. Die sozialistische Korrespondenz teilt folgenden fast ungläublichen Fall mit, der ein eigenartliches Licht wirft auf den „Eifer“, mit dem bürgerliche Minister der Korruption zu Leibe gehen.

Der Ernährungsminister Dr. Hermes ist zugleich preußischer Staatskommissar für Volksernährung. Als solcher untersucht ihm das Landespolizeiamt Berlin. Diesen Umstand benutzte Herr Hermes, um eine eigene Art von Rechtspflege zu etablieren.

Das Landespolizeiamt hatte in Erfahrung gebracht, daß ein Angestellter des Reichsfinanzministeriums namens Kroll hohle Hände mache. Der Leiter des Landespolizeiamtes Staatsanwalt Kroll veranlaßte infolgedessen eine Hausdurchsuchung in der Wohnung und den Amtsräumen des Kroll. Das notwendige Ueberrückungsmaterial wurde dabei gefunden, aber das Reichsfinanzministerium (Raumer-Kanz!) schützte sich durch das Vorgehen beschwert. Infolgedessen ließ Herr Minister Hermes Herrn Kroll kommen und machte ihm Vorhaltungen nicht etwa über sein Vorgehen gegen den bestechlichen Beamten, sondern natürlich nur über den „schlechten Ton“, den Herr Kroll dabei angeschlagen hätte. Kroll erwiderte, ein bestechlicher Beamter sei in seinen Augen ein Lump, und er werde sich das Recht nicht nehmen lassen, einen solchen Lumpen auch Lumpen zu nennen. Worauf Herr Minister Hermes kurzerhand den Leiter des Landespolizeiamtes aus seinem Ministerzimmer hinauswarf.

Wir können die Befürchtung nicht unterdrücken, daß dieser Kampf des Ministers Hermes gegen den großen Ton des Landespolizeiamtes den Kampf dieser Behörde gegen bestechliche Beamte nicht fördern wird. Wir denken dabei besonders an den Fall Augustin und an einen anderen gleichliegenden Fall im Ministerium des Herrn Hermes — „verlasse dich auf Fürsten nie“.

In dieser wohlwollenden Behandlung der Korruption und an der sachlichen Uebereinstimmung scheinen die Ursachen für die auffällige Tatsache zu liegen, daß fast alle bürgerlichen Parteien eine starke Solidarität mit Hermes an den Tag legen. Es ist geradezu erstaunlich, wie sehr die agrarische Presse, die gegen den Zentrumsman Erzberger monatelang Tag für Tag die stärksten Register gezogen hat, den Zentrumsman Hermes mit allen Kräften zu stützen sucht. Erzbergers Finanzpolitik erweckte den Haß und den Zorn aller bürgerlichen Parteien, Hermes Ernährungspolitik findet ihre ungeteilte Zustimmung.

Der Kampf um Hermes ist deshalb kein persönlicher Kampf. Er ist der Kampf gegen die Korruption und der Kampf gegen eine Ernährungspolitik, die die Not der Massen ungeheuer vergrößert. Wenn irgend etwas diesen sachlichen Kern des Streites um Hermes zu erbellen imstande ist, dann die Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien die schlimmsten Korruptionsercheinungen willig in den Kauf zu nehmen geneigt sind, wenn die materiellen Interessen ihrer Klasse ausreichend gefördert werden.

Gerade deshalb aber darf die Arbeiterklasse in dem Kampf gegen Hermes nicht erlahmen. Dieser Mann muß verschwinden, nicht wegen seiner persönlichen Verfehlungen, sondern als der Träger eines Systems, das den Wiederaufbau des Kapitalismus auf dem Rücken der Massen zu bewerkstelligen sucht.

griffen und an der Ausübung seiner Dienstgeschäfte verhindert werden war.

Es ist geradezu unerhört, daß wegen der Ausschreitung einzelner Arbeiter, die noch zu beweisen ist, die ganze Eisenbahnwerkstätte geschlossen und hunderte von Arbeiter einfach herausgeschmissen werden. Den Leuten, die das angeordnet haben, fehlt jedes Verständnis zur Lösung von Konflikten. Mit militärischer Schnelligkeit ist da nichts zu erreichen. Wir verlangen die schärfste Nachprüfung dieses Falles durch die vorgesetzten Behörden und Entfernungen der Beamten, die so unverantwortlich handeln.

Solidaritätserklärung der französischen Hafenarbeiter

De Havre, 23. Oktober.

Das Kriegsgericht verurteilte die Reuterer von dem Dampfer „Menes“ zu Gefängnisstrafen von drei Tagen bis zu einem Jahr. Als Protest ordneten die Delegierten der Gewerkschaften von Havre und Marseille einen 24stündigen Streik an, der in allen Häfen Frankreichs durchzuführen werden soll und mit dem heutigen Sonnabendnachmittag beginnt.

Abreise der russischen Sowjetvertreter

Sinowjew und Lofowsky sind heute vormittag zunächst nach Stettin abgereist. Heute nachmittag werden die Kutschen mit dem Postdampfer von Stettin nach Kopenhagen weiterreisen.

Die italienische Regierung hatte die Einreiseerlaubnis für Sinowjew und Lofowsky verweigert mit der Begründung, daß sie beide in Deutschland entgegen den Abmachungen politisch betätigt haben. Ebenso hat Schweden die Durchreiselerlaubnis für Sinowjew und Lofowsky verweigert.

Man muß schon ganz vom Bolschewistenkolter befreit sein, um lediglich von der Durchreise zweier Sowjetvertreter eine Injektion zu befürchten.

Der große Streik in England

Das Ziel der Bewegung — Eisenbahnerstreik schon am Montag

Hodge hat die Forderungen der streikenden Bergarbeiter von neuem formuliert. Er erklärt, die Regierung müsse die Bedingungen der Bergarbeiter anerkennen, unter denen diese eine höhere Produktion ermöglichen wollen. Ferner müsse die Lohnerhöhung von zwei Schilling sofort und bedingungslos anerkannt werden. Der Bergarbeiterführer dreht also den Spieß um und erklärt: erst Anerkennung und Bewilligung der Lohnerhöhung, dann das Eintreten der Bergarbeiter für eine höhere Produktion. Die Regierung fordert auch jetzt noch die umgekehrte Reihenfolge. Die Bedingungen, unter denen die Bergarbeiter bereit sind, für eine Produktionssteigerung zu wirken, laufen einfach hinaus auf eine Produktionskontrolle durch die Belegschaften. Hodge erklärte, daß die Bergarbeiter bereit seien, eine Produktionserhöhung möglich zu machen, falls sie zusammen mit den Bergwerksbesitzern eine Kontrolle über die Ursachen ausüben können, die die Kohlenenerzeugung so niedrig halten. Das ist, mit etwas schärferer Betonung, die gleiche Forderung, die schon Smillie aufgestellt hat. Auch er wollte eine Untersuchung der Produktion im Bergbau, um davon später um so wirksamer die Forderung der Arbeiter auf Lohnerhöhung ableiten zu können. Nun ist diese Parole im Kampfe schärfer formuliert worden und damit hat die Bewegung ein konkretes Ziel erhalten, das sich nicht ausschließlich auf die Lohnerhöhung beschränkt, obwohl diese im Vordergrund des Interesses der Bergarbeiter bleibt.

Die vorliegenden Meldungen klingen insofern widersprüchlich, als sie zum Teil auf scharfen Kampf und eine weitere Ausdehnung der Bewegung, zum anderen Teil auf Versöhnung gestimmt sind. Lloyd George erklärt dauernd in Reden oder anderen Rundgebungen, daß man sich auf dem besten Wege zur Lösung des Konfliktes befinde. Der Widerspruch in diesen Meldungen ist nur ein scheinbarer. Es ist erkennbar, daß inoffiziell an der friedlichen Lösung des Konfliktes gearbeitet wird, während, unbekannt davon, die Arbeiterschaft sich für alle Fälle auch zur Durchführung des Kampfes bereit hält.

Auch die Eisenbahner scheinen noch mit der Möglichkeit eines schnell herbeigeführten friedlichen Ausgleichs zu rechnen, woraus sich erklärt, daß ihr erstes Streikultimatum, über das wir gestern berichteten, mit der außerordentlich langen Frist bis Mittwoch läuft. Nach neueren Meldungen gedenken die Eisenbahner allerdings schon am Montag in den Streik zu treten, falls bis Sonntag nicht aussichtsreiche Verhandlungen angebahnt sind.

Konferenz der Eisenbahner und Bergleute

London, 22. Oktober.

Die Konferenz der Eisenbahner hat den Vollzugsausschuß der Bergarbeiter aufgesordert, Sonnabend mit ihnen zusammenzutreffen. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter ist nach London zu einer Sitzung einberufen worden, um die Einladung der Eisenbahner und die allgemeine Lage zu erwägen. Dieser Berufung des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter nach London wird große Bedeutung beigemessen. Man ist der Ansicht, daß große Aussicht besteht, daß die Verhandlungen mit der Regierung und den Bergwerksbesitzern vor der verhängnisvollen Sonntag-Mitternacht wieder aufgenommen werden.

Die Wendung von der verhängnisvollen Sonntag-Mitternacht deutet auf die Abfahrt der Eisenbahner, den Streik am Montag zu beginnen. Der heutige Tag ist somit entscheidend für den weiteren Verlauf der Bewegung. Auch die Eisenbahner verbinden nach dieser Meldung die Abkürzung ihres Streikultimatums mit neuen Bemühungen um Verhandlungen, allerdings um Verhandlungen mit der Waffe in der Hand.

Eingreifen des Parlamentsausschusses

M. London, 23. Oktober.

Der Parlamentsausschuß des Gewerkschafts Kongresses beschloß gestern, am Mittwoch eine außerordentliche Konferenz in London abzuhalten, um zu beraten, wie den Bergarbeitern am besten bei ihren Bemühungen zur Beilegung des Konfliktes geholfen werden kann. Der Ausschuß sieht es als wichtig an, daß die Gesamtheit der Gewerkschaften diese Angelegenheit behandelt und nicht einzelne von ihnen. Er sprach die Hoffnung aus, daß sich die einzelnen Gewerkschaften so lange jeder Aktion enthalten, bis ihre unabhängigen Eingreifen nur zu einem Nichtigwerden der vereinigten Bemühungen für eine Lösung führen könnte. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter beschloß, die Unterstützung über die Frage eines Sympathiestreiks bis zum Montag zurückzuführen. Man erwartet, daß auf der heutigen gemeinsamen Konferenz der Bergarbeiter und Eisenbahner der Vorschlag gemacht werden wird, den Eisenbahnerstreik bis nach der Gewerkschaftskonferenz am Mittwoch zu verschieben.

Selbst wurde im Unterhaus eine Gesetzesvorlage eingebracht, die die Regierung in außerordentlichem Maße befähigt, außerordentlich

Der Streik in Bremen

Verhandlungen der Bürgerschaft — Glockenläuten
Bremen, 23. Oktober.

Die bremische Bürgerschaft beschäftigte sich gestern nachmittag mit der Angelegenheit des Staatsarbeiterstreiks. Ein Antrag der Kommunisten und Mehrheitssozialisten, die Forderungen der Staatsarbeiter zu bewilligen, wurde abgelehnt, ebenso ein Vermittlungsantrag der Demokraten, die Streitfrage dem Reichsarbeitsministerium zur Entscheidung zu überweisen. Um die Angelegenheit zu erledigen, ist für Sonnabend nachmittag eine besondere Sitzung der Bürgerschaft einberufen worden. Das Wasserwerk und das Wasserkräftwerk werden mit Hilfe der Technischen Rothhilfe in beschränktem Maße in Betrieb gehalten. Man hofft sogar, daß heute der Straßenbahnbetrieb zeitweise wieder ausgenommen werden kann. Gestern nachmittag, nachdem der Senat beschloffen hatte, die Technische Rothhilfe einzusetzen, wurde zum Schutz derselben die Stadt durch Sirenen und Glockenläute alarmiert.

Mit Glockenläuten zieht die Bourgeoisie in den Krieg gegen die Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft von Bremen, unterstützt von der gesamten deutschen Arbeiterklasse, wird dafür sorgen, daß dies kein Vittoria-läuten werde.

Schließung der Eisenbahnwerkstätte Schneidemühl

Die Eisenbahnhauptwerkstätte Schneidemühl ist gestern von der Eisenbahnverwaltung geschlossen und der gesamten Belegschaft striklos gekündigt worden. Die Ursache zu dieser Maßregel liegt nach einer Meldung der Telegraphen-Union in Verhandlungen zwischen der Arbeiterschaft und dem Amtsvorstand über die Durchführung des von diesem angeordneten Raucherbois, wobei der Amtsvorstand tätlich ange-

ordentliche Maßnahmen zum Schutze der Allgemeinheit im Notfalle zu treffen.

Ein Ausnahmegesetz

Die Mitteilung des letzten Satzes der obigen Meldung wird ergänzt durch eine Neutermelung, wonach die im Unterhause eingebrachte Bill, die für die Dauer des gegenwärtigen Zustandes Ausnahmemassnahmen vorsieht, einer Wiedereinsetzung des Kriegszustandes ziemlich gleichkommt. Die Abstimmung über diese Bill, die nächsten Dienstag zur zweiten Lesung kommen wird, soll beschleunigt werden.

Das wäre die offene Kriegserklärung der Staatsgewalt an die Arbeiterklasse, ausgesprochen mitten in den angeblichen Bemühungen der Regierung um den Frieden. Wir glauben, daß diese Maßnahme die Arbeiter nur zu neuem Widerstande aufreizen wird. Und kein Führer der englischen Arbeiterbewegung wird diesem Einhalt gebieten wollen.

Lohnbewegung der französischen Bergarbeiter

Paris, 22. Oktober.

Der Nationalrat der französischen Bergarbeiter ist zusammengetreten, um die Frage der Erhöhung der Arbeitelöhne zu besprechen.

Späte Erkenntnis

Die Brüsseler Finanzkonferenz hat eine erfreuliche Wirkung gehabt: die Reichsregierung und ihre Berater haben endlich begriffen, daß unsere leichtsinnige Finanzpolitik die Hauptschuld an der Entwertung der Mark trägt, und daß die Entwertung der Mark die Hauptschuld an der Zerrüttung unserer Volkswirtschaft hat. Dazu bedurfte es natürlich erst der Reden fremder Autoritäten. Wer bei uns erklärte, die Anpassung der Reichseinnahmen an die Reichsausgaben und die Tilgung der schwebenden Schulden sei die Vorbedingung für die Besserung unserer Valuta und für die Gesundung unserer Volkswirtschaft, der galt als weltfremder Theoretiker. Denn unsere Sachverständigen (lies Devisenhändler und ihre Nachbeter) wählten es ja besser: erst müsse die Volkswirtschaft durch größere Leistungen der Arbeiter in Ordnung kommen, dann werde unsere Mark auch wieder mehr wert sein, und schließlich würden unsere Finanzen durch die mit dem Aufschwung der Volkswirtschaft und der Besserung der Valuta automatisch steigenden Einnahmen und sinkenden Ausgaben gesunden.

Dementsprechend wurde die Zunahme unseres Notenumlaufs in den offiziellen Kommentaren zu den Reichsbankausweisen regelmäßig mit „der weiteren Erhöhung des Preis- und Lohnniveaus“, statt mit der weiteren Erhöhung unserer schwebenden Schulden begründet. Dementsprechend erklärte z. B. auch Präsident Hopenstein in der Generalversammlung der Reichsbank vom 30. März: Die Gründe für die ungünstige Gestaltung der deutschen Valuta liegen in der ungünstigen Handels- und Zahlungsbilanz, der unwirksamen Grenzkontrolle, der großen illegalen Einfuhr, in dem Rückgang der Produktion und der Ausfuhr, daneben auch in der Kapitalflucht und in dem wachsenden Angebot von Markzahlungsmitteln im Ausland. Den Hauptgrund aber — die Zunahme unserer Reichsschulden — verschwie er.

Jetzt hat sich das Blatt gewendet. Im wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats verkündete der frisch aus Brüssel zurückgekehrte Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums von Glase-napp: „Die Inflation ist die Grundursache des wirtschaftlichen Leidens, unter dem wir leben. Die Zahl der umlaufenden Zahlungsmittel hat sich außerordentlich erhöht. Das Land ist mit fiktivem Geld erfüllt. Das führt zu einer Erhöhung der Preise, aus der sich wieder Lohn-erhöhungen ergeben.“ Und in einem Bericht der

offiziösen „Industrie- und Handelszeitung“ heißt es in naive Freude über die neuentdeckte Wahrheit: „Als zweiter Redner ergriff der Vizepräsident der Reichsbank, Erzelenz von Glase-napp, das Wort zu äußerst interessanten Darlegungen über das in Brüssel behandelte Valutaproblem. Der Redner verbreitete sich ausführlich über das Problem der Inflation. Er schildert, wie durch das Mißverhältnis der Einnahmen und Ausgaben im Haushalt des Reiches immer wieder zu dem Ausnahmismittel der Gewährung von Schenkungen ge-griffen werden müsse, ein Umstand, dem die ungeheure Noteninflation auf dem Fuße folge. Mit eindringlichen Worten wies er nach, und darin ist der Brüsseler Kommission unbedingt Recht zu geben, daß diesem Zustand unbedingt ein Ende gemacht werden müsse, wenn wir nicht einem traurigen Schicksal entgegengehen wollen. Die hierfür in Betracht kommenden Mittel sind: 1. Die Balanzierung des Staatsbudgets und 2. die Abbürdung und Konsolidierung der schwebenden Schulden.“ Wieviel besser ständen wir heute da, wenn unser Reichsbank-präsident und unser Reichsfinanzministerium diese Binsen-wahrheiten schon vor ein paar Monaten eingesehen hätten?

Erhöhung der Kohlenpreise

Ein Vorstoß des Zechenkapitals

Im Anschluß an die Lohn-erhöhung von 2 M. pro Schicht verlangt das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat eine Erhöhung des Kohlenpreises. Die Herren wünschen nichts weniger als eine Erhöhung um 25 Mark pro Tonne. Nach einer sehr bequemen Formel, die sich die Zechenherren zurechtgelegt haben, wird folgende Rechnung aufgemacht:

2 M. pro Schicht, 3 M. Hausstandsgeld und 1 M. sonstige Erhöhungen pro Schicht machen, da sich pro Mann und Schicht eine Förderung von ungefähr 1/4 Tonne ergibt, 12 Mark pro Tonne aus. Hierzu kommen 60 Prozent für Erhöhung der Kosten für Materialien und gekaufte Anstöße des Werks, da erfahrungsgemäß bei einer Lohnerhöhung eine Preissteigerung für Materialien usw. eintritt, die ungefähr 60 Prozent der Lohn-erhöhung pro Tonne ausmacht. Aus die sich hieraus ergebenden 19,20 Mark kommen noch 20 Prozent für Kohlensteuer gleich 3,84 Mark plus 1/2 Prozent Umsatzsteuer gleich 2,41 oder rund 25 Mark.

Diese Formel hat noch stets das Resultat gezeitigt, daß der Profit viel rascher gekriegen ist als der Lohn. Zunächst werden in diese Rechnung die drei Mark Hausstandsgeld, die verheiratete Arbeiter und alleinige Ernährer ihrer Familie erhalten, ebenso die Kinder-gelder durchweg eingeseht, obwohl nur ein Teil der Arbeiter sie erhält. Ferner wird „übersehen“, daß Arbeiter unter 20 Jahren nur die Hälfte der Lohnzulage von 2 M. bekommen. Weiter: Die Förderung pro Mann und Schicht wird nur mit einer halben Tonne berechnet, während sie bei einer ganzen Anzahl von Zechen höher ist. Dadurch würden gerade die am günstigsten arbeitenden Zechen einen besonderen Ertragsprofi erhalten. Der unkontrollierbare Posten ist aber der Zuschlag von 60 Prozent für Preissteigerung der Materialien. Die Zechenherren stellen die lächerliche Behauptung auf, daß jede Erhöhung der Kohlenarbeiterlöhne eine Erhöhung der Kohlenpreise und diese eine Verteuerung ihrer Rohmaterialien zur Folge haben müsse. Da aber die Erhöhung der Materialien wesentlich vermindert werden kann, wenn eben die Kohlenpreis-erhöhung nicht eintritt, so ist auch die Aussetzung einer 60prozentigen Materialsteigerung ganz willkürlich. In der gegenwärtigen Situation kommt noch hinzu, daß eine Eisenpreis-erhöhung, auf die es vor allem ankäme, gar nicht in Aussicht steht. Aus all den Gründen muß gefordert werden, daß die Regierung der Preis-erhöhung ihre Zustimmung verweigert. Was wir brauchen, ist die Sozialisierung des Bergbaues und nicht Profitwirtschaft!

Herabsetzung der Eisenpreise

Der Eisenwirtschaftsbund hat in einer Sitzung am 22. Oktober nach ausgedehnten Erörterungen die Eisenpreise durchschnittlich um 14 Prozent herabgesetzt. Darnach stellt sich ab 1. November der Stabeisenpreis auf 2440 M. gegen bisher 2840 M. Bei Fein- und mittleren Blechen wird von dem bisherigen Eisenpreis erst ein Abzug von 100 bis 200 M. und davon ein weiterer Abzug von 14 Prozent gemacht. Da diese Produktie bei der letzten Preis-herabsetzung nicht genügend berück-sichtigt

worden sind, sind sie jetzt schärfer herangezogen worden. Die Beschlüsse sind nur mit ganz knapper Majorität angenommen worden. Weitergehende Preisnachlässe, die von den Arbeitervertretern beantragt worden sind, konnten noch nicht durchgesetzt werden.

Kommunistische Zellen

Die Zerstörung der Gewerkschaften beginnt

Nachdem die Neukommunisten in Halle die „Reinigung“ begonnen haben, indem sie die Genossen, die zum Leipziger Aktionsprogramm halten, „ausgeschlossen“ haben, beginnt der Kampf gegen die Gewerkschaften. Im „Vollst-blatt“ für Halle, das die Neukommunisten „erobert“ haben, lesen wir:

Die Mitglieder-versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle-Saalekreis (U. S. V. D.) verpflichtet ihre Mitglieder, in den Gewerkschaften für ein hares Bekenntnis zur 3. Internationale von allen Vorstandsmitgliedern der einzelnen Gewerkschaften sowie der Kartellvertreter sofort Sorge zu tragen, diejenigen Gewerkschaftsfunktionäre, welche uns politisch bekämpfen, aber sofort zu veranlassen, ihre Posten niederzulegen. Der kommende Entscheidungslampf erlaubt uns auch in den Gewerkschaften und im Kartell nicht, Kon-terrevolutionäre die Interessen der Arbeiterschaft auszuliefern. Zur Durchführung der sozialen Revolution braucht die Arbeiterschaft nur entschiedene Klassenkämpfer und keine kleinlichen Bürokraten. Die Mitglieder der Gewerkschaften aber werden verpflichtet, in ihrer Gewerkschaft als tätige Träger der 3. Internationale kommunistische Zellen zu bilden mit dem Ziele die Gewerkschaften zu erobern nach den Thesen der 3. Inter-nationale.

In Halle also beginnt der kommunistische Zellenbetrieb in den Gewerkschaften. Welche Gefahren für die Einheit der Bewegung darin liegen, haben wir in der Diskussion über die Moskauer Bedingungen und Gewerkschaftsthesen nachge-wiesen. Wir haben ferner zu verstehen gegeben, daß wir mit dieser Gewerkschaftsopposition, die einem Phantom nachjagt und ihm die Stärke und Geschlossenheit der Be-wegung gewissenlos opfert, nichts zu tun haben und nie etwas zu tun haben werden, es sei denn in dem Kampfe gegen sie, zu dem wir alle unsere Genossen in den Gewerkschaften auffordern. Diese Leute, gegen die wir uns hier wenden müssen, sind Schädlinge der Arbeit-erbewegung, die rücksichtslos bekämpft werden müssen.

Falsche Gerüchte

In der von den Neukommunisten inspirierten Presse finden sich Mitteilungen über angebliche Verhandlungen zwischen den Neukommunisten und der Unabhängigen Sozialdemokratie, wegen einer Verkündung über Kasse, Organisation und Presse. Diese Gerüchte sind falsch. Sie entsprechen lediglich dem Wunsch der Neukommunisten, die zuerst überall dort, wo die rote Gewalt ausgereicht hat, sich in den Besitz von Kasse, Organisation und Presse gesetzt haben und nun eine Verkündung dort wünschen, wo sie ihr Ziel mit Gewalt nicht zu erreichen vermögen. Daß die Neukommunisten die Auseinandersetzungen über Kasse, Organi-sation und Presse weitgehend zu beschleunigen versuchen, ist ver-schämlich. Sie können ihre feige Zwitterstellung politisch un-möglich lange aushalten. Und da ihre juristische Position voll-ständig zusammenbricht, wenn sie sich in einigen Monaten mit den Verb-Kommunisten verschmelzen haben, wollen sie vorher unter allen Umständen Junktpänder in die Hand bekommen.

Sie werden bei diesem Bestreben selbst von den echten Kom-munisten im Stiche gelassen, die, wie die „Rote Fahne“ am Freitag morgen schrieb, fordern „daß die organisierte Bewe-rtung der gesamten kommunistischen Arbeiter-schaft so rasch als möglich vollzogen wird.“

Zweikammersystem in Polen. Bei der Abstimmung über die drei ersten Kapitel des Verfassungsentwurfes hat der polnische Reichstag mit 185 gegen 189 Stimmen der Bildung eines Se-nats zugestimmt.

Gefänge der Zeit

Von Bruno Schönlank.

In Verles der „Freiheit“ erschien letzten ein Bündchen Gedichte (erschienen 1.20 M.), die von Romer unserer Tage erfüllt sind und von Gefühl des kühnen Vorposten bezeugt sind. Es klingt durch die Verse der Zeit: „Wacht auf, die ihr in Not gelanget, wacht auf, die ihr in Schmerzen geht.“ Hier eine Probe:

In unserer Herzen Schlägen
Ist keiner Schwerter Schein.
O Zwiespalt, Waffen tragen
Und doch ihr Feind zu sein.
Was hilft's! Wir müssen sprengen
Ein Tor in alle Nacht,
Und ihr entgegenbrängen
Trotz grauenvoller Nacht.
Im Ofen flammt der Schein.
Der Sonne treuer Hüter,
Sie opfern für die Brüder
Ihr Blut wie roten Wein.
Du Sturmsang untrer Keil'n,
O Opfer ohnegleichen,
Du starkes Händeziehen,
Im Ofen flammt der Schein.
Ja, diese Zeit ist Opferbringen,
Millionensache rote Saat.
In immer leuchtendes Beschwingen,
In nahen Sommers starkes Klingen
Zu unerhörter Erntetat.

gutem, alten Vorbild. Bieleicht wollte die Aufführung (Gold-berg) mit „Dies irae“-Läuten an das Spiel von Lebermann er-innern. Aber Czempius Tor bleibt konventionell. Twar-dowski's Tod im Ansehen großartig, verankert in Nonchalance, bleibt nur der uralte, vergilbte Kalmildentopf einer Mutter, von Franze Kossol gemacht. — Tiefst poakt „Elektra“, weiß hier jemand bis ans Ende geht, jahrelang verachtet, gehäht, geschmäht, getreten, bespuckt im Dred vor dem Tore liegt und sich endlich doch erhebt, endlich doch den Täter, den Befreier selig preisen darf, wenn es auch gegen das eigene Blut geht. Das Werk schreit nach der Ruff, sie ist da (Richard Strauß), man sollte Müßel und Wert nicht trennen. Oder man muß dem Worle einen hinreichenden Rhythmus geben, der aber der Aufführung schelte. Wer schafst auch den Ehrgeiz einer klugen, entschlossenen Frau (Rose Diecksteffel) mit aller Gewalt immer auf, sich als Tragödiene zu versuchen. Sie ist nicht unzulänglich, aber auch nicht ausreichend. Eher eine Mädelmaus als eine Erinne. Jeweilen allerdings er-schreckend im Gesicht: hingelauert vor dem Brunnen mit klee-hündlichem Blick und herabgezogenen Wangen. — Starke Beifall des Publikums.

Im Großen Schauspielhaus findet Anfang November die Urauf-führung von Georg Kaisers „Europa“ statt zu der Berner Richard Heymann eine umfangreiche Begleitmusik für Orchester komponiert hat.

Im Kolo-Theater wird für Anfang nächsten Monats wieder eine Uraufführung vorbereitet: Heimlich Ungers Kammerpiel „Der verlorene Sohn“. Elie Lehmann und Ida Dr-löff spielen die weiblichen Hauptrollen, die Inszenierung hat Emil Lessing übernommen.

Im Deutschen Künstlertheater hat die lustige „Scheidungs-reise“ mit Max Adalbert und Trude Hesterberg in den Haupt-rollen, das Publikum der 50. Aufführung zur heiteren Zufrieden-heit der Direktion und des Publikums gefeiert.

Im Theater am Neuenhofplatz wurde gestern die Operette „Wenn Liebe er wacht“, Musik von Eouard Künneke, der selbst dirigierte, zum 50. Male in der Premierenbesetzung mit dem ihr tren geliebten Erfolg gegeben.

„Der Weg zur Macht“, Heinrich Manns dreiaktiges Drama, hatte bei der Uraufführung in München lebhaften Erfolg. Ge-setzte Aufnahme fand Reinhard Goerings „Der Erste“ im Hamburger Thalia-Theater.

In der Hauptversammlung der Volksbühne E. V. (Berlinerthe-ater und Neue freie Volksbühne), zu der die in den Mitglieder-versammlungen des Vereines gewählten 300 Delegierten am 21. Ok-tober 1920 im Künstlervereinshaus zusammentraten, erstattete Herr Springer den Geschäftsbericht. Die Zahl der Mitglieder wuchs auf 139200. Außer in dem ihm gehörigen Theater am Bülowplatz veranstaltete der Verein noch in 9 weiteren Theatern Vorstellungen für seine Mitglieder, außerdem zahlreiche Konzerte, Lesabende und Vortragssitzungen. Neu eingerichtet wurde eine „Jugend-Volksbühne“, die bereits in zahlreichen Nachmittagsvor-stellungen, Lichtbilder- und Märchenmittagsstunden und dergleichen, die durchweg ausverkauft waren, ihre Bedeutung erwies. Be-schlossen wurde ferner die Aufnahme von Sonderaufführungen lite-rarisch wertvoller Werke, die aus irgend einem Grunde für die Darstellung im Rahmen der planmäßigen Vereinsoorstellungen nicht in Frage kommen. Mit der Fassung der ehemaligen Kroll-

Oper legte der Verein den Grund zu einer 2. von ihm selbst be-wirtschafteten großen Volksbühne. Zum Umbau des Hauses wür-den ihm von den Mitgliedern durch Entnahme von Teilschuldver-schreibungen bereits weit mehr als 2 Millionen M. zur Verfügung gestellt; ein größeres Darlehen der Stadt Berlin ist zu erwarten. In der „Volksbühne“, Zeitschrift für soziale Kunstpflege, schuf sich der Verein neben seinem allen Mitgliedern unentgeltlich zugehen-den Nachrichtenblatt eine eigene Zeitschrift. Zusammen mit den Bildungsausschüssen der Arbeiterorganisationen, der Volkshoch-schule usw. rief der Verein den „Groß-Berliner Ausschuss für volks-tümliche Kunstpflege“ ins Leben. In Angriff genommen wurde ferner die Schaffung eines Verbandes der deutschen Volksbühnen-vereine.

Nach anregender Aussprache wurde die neue Verwaltung ge-wählt. Borkende sind die Herren Georg Springer, Kurt Baate und Anton Wagner.

„Volksbühnenbewegung und Sozialisierung des Theaters“ lautet das Thema einer großen öffentlichen Kundgebung, zu der die Volksbühne E. V. in Berlin für Montag, abends 7 1/2 Uhr, nach dem Lehrervereinshaus am Alexanderplatz einladet. Es sprechen: Kultusminister Conrad Haenisch, Direktor Friedrich Ka-hler u. a. m. Die Kundgebung findet statt im Anschluß an den ersten Vertretertag der deutschen Volksbühnenvereine.

Somjestrund in Plakat und Bild. Eine Ausstellung, die ein anschauliches Bild der offiziellen Sowjetpropaganda (Plakate, Photographie, Filmdoorführungen) bieten soll, findet vom 24. bis 31. Oktober im Gewerkschaftshaus, Saal 1, statt und ist täglich von mittags 10 Uhr bis abends 9 Uhr geöffnet.

In der „Freien Welt“ erscheinen jetzt eine Reihe von Erzählun-gen. Eine Liebesgeschichte „In Kadlans Garten“ von Jo-hannes Buchholz, deutsch von Julia Koppel, kommt in der neuen Nummer zum Abschluß. Zugleich beginnt eine neue Erzählung „Die Heimkehr der Schlichter“ von Stijn Sircuvels. Die Erzählung, die das Leben des ruhelosen von Ori zu Ori gehenden Au-beiters darstellt, wird auf die Leser ihre Wirkung nicht verfehlen.

Der Taschenkalender der U. S. V. D. für das Jahr 1921 ist, vom Verlag der „Freiheit“ herausgegeben, loeben erschienen. Das handliche und praktische Büchlein kostet, gut gebunden, 4 M. und enthält außer dem Notizkalender und nützlichen Hinweisen, unser Leipziger Aktionsprogramm, eine Einkommensteuertabelle, Kartell- und Gewerkschaftsverzeichnisse u. a. m.

Der Inselalmanach aus das Jahr 1921 M erschienen und bringt wieder außerordentlich wertvolle Beiträge der Autoren des Inselver-lages. Bei den literarischen „Ausgrabungen“ sei Eisters kühn-lisches Glaubensbekenntnis, Börens Denkrede auf Jean Paul hervorzuheben. Jacob Grimm's Aufsatz über „Die Elfen“ ist jedoch mit seiner durchaus nicht einwandfreien sprachlichen Ver-arbeitung heute nur geeignet, nationalistische Tendenzen zu ver-stärken. Er wäre besser weggelassen. Den Almanach schmücken einige alte Holzschnitte.

„Das politische Kabarett“, von Walter Mehring, mit fünf Zeichnungen und einer Umschlagzeichnung des Autors (Ge-heftet Preis 7.50 M.). Das Buch enthält die auf Brecht und Heberbrecht erfolgreich vorgetragenen Programmstücke, die in ihrer Form wertvoll, politisch, satirisch und schmissig sind.

Kapitalistischer Zusammenbruch

Rede des Genossen Kleinspehn in der preussischen Landesversammlung.

In der Sitzung der preussischen Landesversammlung vom Donnerstag führte bei der Beratung des preussischen Etats unser Genosse Kleinspehn folgendes aus:

Unsere furchtbare Finanzlage ist eine der schwersten Anklagen gegen das alte System, das uns zum Krieg brachte und gegen die Parteien, die diesen Krieg führen und verlängern wollen. Hinter dem Finanzproblem und seine Wichtigkeit treten natürlich alle anderen Fragen zurück. Dem Abgeordneten Dr. Köhler möchte ich erwidern, nicht das Einkommensteuersystem hat bei der Finanzwirtschaft versagt, sondern von Tag zu Tag zeigt sich mehr, daß die bürgerliche Politik überhaupt versagt. (Sehr richtig bei den Unab. Soz.)

Die Finanzpolitik sowohl der Staaten als des Reiches unterscheidet sich nur graduell von der Finanzpolitik der Vorkriegszeit. Das Verhältnis zwischen Staat und Privatwirtschaft ist nicht mehr das gleiche, wie vor dem Kriege. Denn der Staat, der seinen Auslandsbedarf mehr als je heute das Deutsche Reich, dessen Schulden viele Milliarden betragen ist nicht nur seiner Verschuldung nach, sondern vor allem auch wirtschaftlich ein anderer geworden. Der Beweis ergibt sich ja schon durch eine auch nur oberflächliche handelspolitische Betrachtung. Wir brauchen nur zu bedenken, wenn wir Waren in demselben Umfang wie vor dem Kriege einführen wollten, so müßten wir weit über vierhundert Milliarden Papiermark aufwenden. Das ist unmöglich, zeigt uns aber auch, daß es auf dem bisherigen Weg nicht weitergeht. Die Tatsachen sprechen es uns alle Tage entgegen, daß die bisherige Form der Wirtschaft, die Produktionskraft der Volkswirtschaft, nicht richtig sein kann.

Wir kommen auf diesem Weg nicht aus dem Elend heraus. Die Wirtschaftspolitik, wie die Steuerpolitik legt, wie vor dem Kriege, den Massen die größten Opfer auf, und schafft ihm die größten Entbehrungen. Wir dürfen hinschauen, wo wir wollen, immer und immer wieder finden sich die schwersten Anklagen gegen diese Politik. Ich verweise hier nur auf das große Kinderelend, das heute in Deutschland herrscht. Nach dem Bericht an den Genosse Kongrek für Kinderhilfe haben wir heute in Deutschland unter 3.383.900 Kinder in Großstädten 200.633 tuberkulose, 853.973 unterernährte und mit anderen Krankheiten behaftete Kinder, 1.036.000 Kinder müssen als krank angesehen werden. Die Sterblichkeit ist auf 40 Prozent gestiegen. (Hört, hört links.) Gegenüber diesem fürchterlichen Elend frage ich besonders den Herrn Abg. Dr. Frenzel wie weit soll nun noch die Sozialität des Entlassens, von der er gestern gesprochen hat, betrieblen werden. (Sehr richtig bei den Unab. Soz.) Da müssen Sie sich doch vor allen Dingen an jene Kreise wenden — aber das ist bei seiner Parteistellung nicht anzunehmen, daß er das tun wird — die während des Krieges Millionen verdient haben. Man braucht nur an die Daimler-Motoren A.G. zu erinnern, die in den Jahren 1913—17 bei einem Aktienkapital von 8 Millionen Mark über 95 Millionen Mark Gewinn einbrachten konnte, bei einem Lohnkonto für Tausende Arbeiter und Angestellte, von nur 58 Millionen Mark. Aber auch heute noch steigt die Profitrate ins Ungemessene. Man braucht hier nur an die Montan-Abzweigungen der letzten Zeit zu erinnern, z. B. an die Phönix A.G., die ihren Gewinn in dem letzten Geschäftsjahr von 2,50 Millionen Mark auf 47,5 Millionen Mark steigern konnte. Oder an die Vereinigten Stahlwerke von Geppin, deren Gewinn von 4,78 Millionen auf 21 Millionen hinaufgestiegen. Das ist noch mehr als in der Zeit der lukrativsten Kriegsjahre für die Großkapitalisten wo dieses Wert für 17 Millionen Ueberschuß machen konnte.

Das alles geschieht in der Zeit der härtesten Not. Da braucht man sich doch wahrlich nicht zu wundern, wenn der Unmut der Arbeitenden sich dagegen aufbaut, denn sie haben ja gelernt, zu sehen, daß die Dividende nicht der ganze Ertrag ihrer Arbeit ist, sondern, daß die Großkapitalisten noch andere Wege wissen, wie z. B. die Bonuszahlungen, die Gratifikationen von Aktien, die Vorzugsrechte für billige Aktien usw., um ihren Gewinn zu verkleinern. Dazu kommt die in letzter Zeit im weitesten Umfang gezelebene Gewinnverkehlungspolitik durch Risse Meserow.

Es ist nicht selten, daß in den großkapitalistischen Betrieben Millionenwerte mit einer Mark zu Buche stehen. Ich möchte da in der Finanzverwaltung auf folgendes hinweisen: Es ist in jenen Kreisen Gebrauch geworden, für künftige Abschreibungen für eventuelle Neuanschaffungen Fonds zu schaffen. (Hört, hört bei den Unab. Soz.), also nur Verluste für die Millionengewinne. Warum greift hier die Steuerbehörde nicht ein? Warum wird nichts getan, um die Leere der Staatskassen dadurch etwas zu besetzen? Es handelt sich doch um das Entziehen von Gewinnen zur Besteuerung. Von den Salutarerträgen will ich gar nicht erst reden. Trotzdem es plebejisch interessant ist, darauf hinzuweisen, daß es der Außenhandelsstelle für Eisen und Kohle möglich war, allein in der Zeit vom November 1919 bis Mai 1920 aus ihrem auswärtigen Handel einen Mehrerlös von 700 bis 800 Millionen Mark extra herauszuschlagen. (Hört, hört bei den Unab. Soz.) Diese Uebergewinne sind natürlich infolge der Unterwerfung der deutschen Mark gemacht worden. Also die Herrschaften profitierten von der großen Not des Vaterlandes, aber es ist nirgends etwas zu bemerken, daß sie davon etwas an das Vaterland abgeführt hätten. Auch die Steuerbehörden haben es nicht verstanden, sich diese Vorteile zu sichern. In der Zwischenzeit sind natürlich diese Riesengewinne verschoben und für die Steuerbehörde wird nichts mehr übrig bleiben. (Sehr wahr bei den Unab. Soz.)

In dieser Gewinnpolitik der Kapitalisten und der Haltung der Regierung dazu, sehen die breiten Massen eine Provokation sondergleichen.

Es empfinden diese Wirtschaft als unerträglich. Ich will in diesem Zusammenhang ausdrücklich betonen, daß ich dem einzelnen Unternehmer keinen Vorwurf mache, sondern ich würde das alles nur an, um auf die Mängel unserer wirtschaftlichen Organisation und unsere volkswirtschaftlichen Einrichtungen hinzuweisen. Wie der Krieg, der eindrucksvoll Millionen Menschen das Leben gekostet hat, der Hunderttausende zu Krüppeln machte, für diese Kreise eine planmäßige Geschäftskontinuität wurde, wie das Blut, das draußen in Stedmen vergossen worden ist, sich in gleichendes Gold veränderte, das in die Taschen der Kapitalisten floß, so ist auch das heutige Elend immer von neuem eine Quelle des Profits. (Lebhafte Zustimmung bei den Unab. Soz.) Die bisherigen Grundzüge in der Wirtschaft sind also ganz außerhande, an der Not unseres Lebens etwas zu ändern. Sie predigen bisher immer freie Wirtschaft als einzige Möglichkeit, um aus diesem Kreislauf des Elends herauszukommen. Nun ist die freie Wirtschaft für die wichtigsten Lebensmittel eingeführt. Trotzdem sehen wir eine weitere wahnwitzige Erhöhung aller Preise. Das unter diesen Umständen die Erregung der arbeitenden Kreise auf das Höchste reizt, werden Sie vielleicht nun auch bezweifelnd finden. Aus solchen Verhältnissen heraus, mußte es eigentlich dem Ratlosen endlich klar werden, was es mit dem Grundriß bürgerliche Wirtschaft auf sich hat, mit jenem Grundriß, der das Allgemeinwohl am besten gewahrt sieht, wenn dem Einzelnen möglichst viel Freiheit gegeben wird, um im Konkurrenzkampf seine Tätigkeit zu erweitern. Dieser Grundriß der freien Konkurrenz ist aber der Ausgangspunkt der Preissteigerungen. Er ist die Grundlage des räuberischen Kapitalismus, für das tausende und aber tausende von Kindern in den Tod gehen müssen (sehr richtig bei den Unab. Soz.), und das die Ermordeten immer mehr zu Ruinen macht.

Auf Einzelheiten will ich mich hier nicht einlassen. Ich möchte aber doch die Frage aufwerfen: Wie wollen Sie für die Inlandsverpflichtungen des Tages, für die Wiederanmachungsarbeiten, für die Entschädigungen an die Auslandsdeutschen, und wie diese Konten alle heißen, über diese einschlägigen Politik Bedingung finden? Ich bin der festen Ueberzeugung, diese Schuld des Staates wird noch zum Katum für alle werden, denn diese Bedürftigkeit des Staates ist maßgebend für alle seine Verfügungen und insbesondere auch für sein Verhalten den Arbeitenden gegenüber. Die Schuldenlast des Reiches und des Staates ist ein großer Teil

des Unglücks der breitesten Massen des Volkes. Und für sie gibt es keine andere Rettung

als eine revolutionäre Umwälzung.

die den Staat auf vollständig neue wirtschaftliche Grundlage stellt. Wir fordern einen weiteren Ausbau der Besteuerung. Gesehe, trotzdem wir uns darüber klar sind, daß die Besteuerung auch ihre Grenzen haben an den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten. (Sehr wahr links.) Denn wir sind uns klar, daß der Privatbesitz unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr Träger des Staatshaushalts sein kann, auch nicht die Einkommensteuer. Insbesondere, — das möchte ich dem Herrn Finanzminister sagen — werden auch nicht die Zölle, Gebühren und die sonstigen indirekten Steuern die Möglichkeit schaffen, den Staatshaushalt zu finanzieren zu können. Es gibt nur eine Rettung, den Kapitalisten als Nutznießer der Volkswirtschaft zu befechtigen, ihm das Anrecht, über den Ueberschuß der Produktion zu verfügen, zu entziehen. Das ist aber keine steuerrechtliche Frage, sondern eine Frage der Gesellschaftsverfassung. Es ist das heutige Problem des Klassenkampfes, das nur durch die Arbeitenden im Sinne und zum Nutzen der Allgemeinheit gelöst werden kann. (Sehr wahr bei den Unab. Soz.) Wir fordern aus allen diesen Gründen eine völlige andere Organisation der Wirtschaft, eine Wirtschaftsorganisation, durch die es möglich ist, den Bedarf der All-

Funktionäre des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg USPD. (Crispien-Edelmann).

Am Sonntag, den 24. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, in den „Germania-Sälen“, Chausseestraße 110.

wichtige Versammlung

Tagordnung: „Unsere nächsten Aufgaben.“

Referent: Genosse Hüfnering. Mitgliederbuch und Funktionär-Kassens legitimiert. Ohne dieses kein Zutritt.

gemeinsam zu führen und vorteilhaft zu befriedigen. Dazu ist natürlich eine vollständige wirtschaftliche Systemänderung notwendig, und nicht nur eine politische. Eine solche wirtschaftliche und politische Systemerneuerung ist natürlich nicht allein durch Parlamentsbeschlüsse herbeizuführen — darüber sind wir uns klar — und so möchte ich auch von dieser Stelle aus den Arbeitern weit ins Land rufen: Wacht! Ihr Rettung aus dem heutigen Elend, wacht! Ihr Rettung vor der Gefahr, durch den Kapitalismus langsam getötet zu werden, dann müßt Ihr den allerhöchsten Kampf gegen den Kapitalismus aufnehmen, weil die Systemerneuerung, die an Stelle des Kapitalismus den Sozialismus setzen soll, eine Wachstfrage ist, und nur durch Wacht gelöst werden kann.

(Sehr wahr bei den Unab. Soz.) Die Arbeiter müssen also um diese wirtschaftliche Systemerneuerung kämpfen, aber sie müssen auch einig sein, denn nur dadurch, daß sie einig sind auf der Grundlage des revolutionären sozialistischen Klassenbewußtseins wird es ihnen möglich sein, die wichtigen Wachstpositionen zu erringen. (Sehr richtig bei den Unab. Soz.) In dem heutigen Staate und in der heutigen Wirtschaftsordnung werden die Arbeitenden keine Rettung aus der Not finden. Erhebung bringt ihnen allein die sozialistische Gemeinwirtschaft, die sie natürlich nur erreichen können, durch Kampf in geschlossener revolutionärer Einheitsfront. Dann wird endlich das Lichterwort wahr werden von dem letzten Wurf im alten Spiel und auch von der Anschließung letztem Berendens! (Lebhafte Beifall bei den Unab. Soz.)

Aus der Partei

Die Redaktionsverhältnisse in Jena

Von unseren Jenaer Genossen wird uns geschrieben: Die in der Nummer 446 (Morgenausgabe) der „Freiheit“ unter der Rubrik: Der Kampf um die Presse angeführte Notiz über Jena, entspricht nicht den Tatsachen. Nicht wir haben die Redaktion in Händen, sondern die Neukommunisten. Durch Vereinbarung wurde von uns erreicht, daß wir bis zum 31. Oktober täglich eine Spalte zur Verfügung haben. Dieses Zugeständnis ist aber nicht aus einer moralischen Anwendung gekommen, sondern um die geschäftliche Auseinandersetzung mit uns zu erleichtern.

Die „Dena“ meldet aus Erfurt: Auf Befehl der Geschäftsinhaber der „Tribüne“ (des U.S.P.D. Blattes) wurde wegen der Spaltung der U.S.P.D. die Zeitung geschlossen, die Kassengeschäfte wurden abgewidelt und die R.P.D.-Leitung entlassen. Gestern gegen 8 Uhr abends forderte die „Tribüne“ Schuß an, weil die R.P.D.-Redakteure versuchten, von der Zeitung Besitz zu ergreifen. Sie wurden durch Beamte der Sicherheitspolizei abgewiesen. In Gewalttätigkeiten ist es vorläufig nicht gekommen. Es schweben noch Verhandlungen zwischen dem rechten und linken Flügel der U.S.P.D.

Aus den Berliner Organisationen

Wilmerdorf—Schmargendorf—Grunewald

In der am 20. d. Mis. Pottsgundener Generalversammlung vollzog sich auch in unserer Ortsgruppe die Trennung. Durch eine irreführende Notiz unter der Rubrik „Organisation“, die von unverantwortlicher Seite aufgegeben war, waren viele unserer Genossen nicht erschienen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Genosse Kostig das Wort. In kurzen Worten schilderte er die Situation, die sich aus dem Parteitag ergeben hat. Da die Trennung in der Zentrale, den Fraktionen usw. erfolgt ist, kann ein auch nur vorläufiges Zusammenarbeiten an dieser am Orte nicht mehr in Frage kommen. So schmerzhaft es auch ist, von vielen braven Genossen, mit denen wir bisher in Reich und Glied für unser Endziel, für den Sozialismus gearbeitet haben, zu scheiden, die Trennung mußte erfolgen. Sie erfolgt nicht, wie Snowjew in Halle sagte, um zur Bourgeoisie zu gehen, sondern um das Banner des revolutionären Sozialismus aufs Neue zu entfalten. Nunmehr forderte Genosse Kostig die Genossen, die auf dem Boden des Manifestes stehen, auf den Saal zu verlassen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die U.S.P.D. verließen unsere Genossen den Saal, um in einem anderen Lokal sofort den organisatorischen Neuaufbau unserer Ortsgruppe vorzunehmen. Viele alte, bewährte Genossen stehen zu uns, und das gibt uns die freudige Gewißheit, daß es tatkräftig vorwärts geht. Als Vorsitzende wurden die Genossen Kostig und Führmann gewählt.

Schöneberg-Friedenau

Am letzten Mittwoch tagte in der Chamisso-Schule, eine von den Neukommunisten einberufene Mitgliederversammlung, die den Bericht vom Parteitag entgegennehmen sollte. Von uns war eine Kommission gewählt worden, in deren Auftrage der Genosse Wundt folgende Erklärung abgab:

Im Namen der Genossinnen und Genossen von Schöneberg-Friedenau, die die Bedingungen der 3. Internationale ablehnen,

habe ich folgendes zu erklären: Nach einem in der Geschichte der politischen Parteien beispiellosen Ausschweifung, ist die U.S.P.D. infolge der 21 Punkte und der Zeitläge der 3. Internationale durch einen Teil der Delegierten in Halle zerrissen worden. Im Interesse des revolutionären Proletariats bedauern wir dies, sind aber überzeugt, daß trotz der Spaltung die Differenzen zwischen uns und den Besatzmännern der Bedingungen sachlich behandelt werden müssen. Wir sind daher der Auffassung, daß die Auseinandersetzung über die Kostenangelegenheit auf dem Wege der Vereinbarung erfolgen muß und schlagen zu diesem Zweck vor, eine Kommission zu wählen, deren Namen dem Genossen Dörwald mitzuteilen sind. Unsere Wege haben sich geschieden, aber wir sind der festen Ueberzeugung, daß die U.S.P.D. die Massenpartei des revolutionären sozialistischen Proletariats bleiben wird. Alle Genossinnen und Genossen, die auf unserem Boden stehen, werden aufgefordert, mit uns den Saal zu verlassen.

Die Versammlung war sehr mächtig besucht und obwohl wir unsere Anhänger nicht eingeladen hatten, verließ die Hälfte der Besucher mit uns den Saal. Wir tagten in einem anderen Lokal, das sich als zu klein erwies, weiter. Eine Generalkonferenz, die in der kommenden Woche stattfinden soll, hat die neue Geschäftsleitung zu wählen und soll den Bericht vom Parteitag entgegennehmen. Riteinem begeistert aufgenommenen Hoch auf die U.S.P.D. fand die Versammlung ihr Ende. Alle Mitglieder, die auf unserem Boden stehen, müssen ihre Bücher umgehend beim Genossen Dörwald, Besieger Str. 27, abgeben.

6. Distrikt

Eine Mitgliederversammlung fand Mittwoch abend für den 6. Distrikt in den Residenzstr. statt. Unsere Genossinnen und Genossen waren zahlreich erschienen und gaben kund, daß sie dem eifrigsten Treiben der letzten Zeit abhold sind. Es zeigte sich, daß die Mitglieder im Distrikt es satt haben, die Anordnungen sich länger gefallen zu lassen, denen sie ausgesetzt waren, und eine ganze Anzahl Mitglieder erklärten, daß sie bei der Abstimmung wohl für die Annahme der Bedingungen gestimmt hätten, daß sie aber damit keineswegs zur kommunistischen Partei übertraten wollten. Die Vorgänge auf dem Parteitag haben in weiten Kreisen das Gegenteil von dem erzeugt, was beabsichtigt war. Nach einem Referat des Genossen Weise wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Versammlung ihre begeisterte Zustimmung zu dem Manifest des Parteitages in Halle ausdrückt, das im Saale des Zoologischen Gartens beschlossen worden ist. Die Versammlung brandmarkt das zweideutige Verhalten unserer früheren Kampfgenossen, das durch die Beibehaltung des Namens der U.S.P.D. in die Erscheinung trete. Es müsse die erste dringende Pflicht der jetzt geringigten Partei sein, mit allem Nachdruck an die Verwirklichung der im Manifest niedergelegten praktischen Aufgaben, wie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit heranzugehen und Fühlung zu suchen mit den Bruderparteien der westeuropäischen Länder.

Das Vorbereitungskomitee, bestehend aus den Genossen Mehnert, Müller und Weise wurde hierauf beauftragt, Genosse Weise außerdem vorläufig als Vertreterin in die Prekominmission gewählt.

Gewerkchaftliches

Zum Streik der Schildermaler in den Schilderfabriken

Zu dem vom Verein Berliner Schilderfabrikanten an effische Blätter eingehenden Bericht über den „Streik der Schildermaler in den Schilderfabriken“ erachten wir es als unerlässlich, folgende Aufklärung bzw. Richtigstellung der Dessenlichkeit zu unterbreiten:

Die Berliner Schilderfabrikanten haben bereits im Juni d. J. bei einer Zusammenkunft sämtlicher Schilderfabrikanten Deutschlands in Leipzig zum Zwecke eines allgemeinen Zusammenschlusses erklärt, daß die Löhne auf jeden Fall abgebaut werden müßten, und daß sie es im Hinblick auf den zu erwartenden Lohnkampf auf eine Wachtprobe antommen lassen würden.

Unsere Behauptung in den betreffenden Artikeln im „Vorwärts“ und in der „Freiheit“, daß die Schilderfabrikanten sich veranlaßt gefühlt haben, die Löhne ganz empfindlich abzubauen, ist Wort für Wort richtig; aber ist Streikung der Zulagen (auch des Urlaubs mit Lohnvergütung), Klassifizierung der Löhne von einem Einheitslohn von 5,75 Mk. auf 3 Klassen (Klasse 1 5,75 Mk., Klasse 2 5,— Mk., Klasse 3 4,25 Mk. — letzte Stufe auch für gelernte Schildermaler —) kein Lohnabbau? Von diesem Diktum, das den Malern von ihren Arbeitgeber am 15. 7. 20, dem Ablauftage des alten Tarifs, zur Unterschrift vorgelegt wurde, erwählten die Herren in ihrem Bericht, der weiter nichts als eine glatte Verdröhung der Tatsachen ist, keine Silbe.

Eine Lohnerhöhung von 30 Prozent wurde vor dem Schlichtungsausschuß von uns erst gefordert, nachdem die Unternehmer unsere erste Forderung von 10 Prozent auf die bestehenden Löhne mit oben erwähntem Diktum (Lohnabbau!) beantwortet hatten. Auf die Forderung von 30 Prozent hin schickte eine Kammer des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin einen Spruch, der uns 6,50 zuerkannte: eine Klassifizierung der Löhne wurde der Zeit entsprechend nicht für angemessen erachtet. Diesem Spruch, der von dem paritätisch zusammengesetzten Schlichtungsausschuß einstimmig gefaßt wurde, erkannten die Unternehmer nicht an; sie lehnten auch eine Einigung vor dem Demobilisierungskommissar, wo die Kommission der Schildermaler im Interesse der Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens auf 6,25 Mk. herabzulegen, strikte ab, so daß von einer freiwillig in Aussicht gestellten Lohnerhöhung keine Rede sein kann. Diese Verhandlung vor dem Demobilisierungskommissar unter Vorsitz des Herrn Dr. Kludholm, hat den Charakter der Unparteilichkeit nicht getragen, wie denn auch die Art und Weise, in der dem Spruch des Schlichtungsausschusses die Verbindlichkeit verlagert wurde, der Dessenlichkeit zur Kritik vorgelegt zu werden verdient.

Es ist eine Unverschämtheit ohnegleichen, wenn der Verein Berliner Schilderfabrikanten behauptet, die Organisation der Schildermaler habe es vorgezogen, einen Wachtkampf heraufzubeschwören und ihre Mitglieder in Streik zu ziehen. Es ist vielmehr richtig, daß die Schildermaler mit gewaltiger Stimmenmehrheit beschlossen haben, in den Abwehrstreik zu treten, um die Provokation der Unternehmer zurückzuweisen.

Die Schildermaler Groß-Berlins eruchen nunmehr die Gewerkschaft und die werktätige Bevölkerung, auf Grund dieser Aufklärung festzustellen, wer den gegenwärtigen Streik provoziert hat.

Streik bei den Wacht- und Schlichterfirmen

Die Angestellten von vier Groß-Berliner Wachtwachtbetrieblen sind am Donnerstag abend in den Streik getreten. Es handelt sich um die Berliner Wacht- und Schlichterfirmen, Inspektion Potsdam, die Wachtwachtgesellschaft, die Schöneberger Wacht- und Schlichterfirmen und um die Brandenburger Wachtgesellschaft. Schon vor längerer Zeit haben die Wachtwachtmannschaften mitgeteilt, daß sie in den Streik treten müßten, wenn ihre Wünsche nicht erfüllt würden. Durch den Streik werden die Abonnenten der Gesellschaften empfindlich geschädigt, da einige Tausend Grundstücke und Bäder ohne jede Wachtung bleiben. Es erhebt sich die Frage, ob die Abonnenten das Recht zusteht, die Gesellschaften für die Einbruchschäden haftbar zu machen, die während der Streikwoche erfolgen. Die vier Gesellschaften haben sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen; die Arbeitnehmer gehören dem Transportarbeiterverband an. Die Forderungen richten sich auf einen jederzeit gefällten Schiedsspruch, der dem Wächter im Durchschnitt 607 Mark im Monat zuspricht. Die Gesellschaften erklären, diese Beiträge nicht bezahlen zu können, da die Abonnementspreise zu gering sind. Der Streik umfaßt etwa 400 Köpfe. Etwas 8000 Häuser bleiben unbewacht. Verhandlung und Behandlung der Angestellten war immer schon sehr leicht und es ist den Angestellten nur zu wünschen, daß sie durch Geschlossenheit zum Ziele kommen.

